

Mehr Wissen. Mehr Können. Mehr Zukunft.

Der **FREIE WÄHLER**

Postvertriebsstück Nr.: 08837

WECHSELWÄHLER ERSCHÜTTERN DIE PARTEIEN

Bei der Bundestagswahl 2017 haben die Wähler die Parteien in tiefe Ratlosigkeit gestürzt und ihr Selbstbewusstsein zu tiefst getroffen. Jetzt stellen sich die Wähler die Frage, warum es so unpopulär ist, in einem der wohlhabendsten Länder der Welt, einem Ort des sozialen Friedens und der Zivilisation eine Regierung zu bilden und die Zukunft eines Landes zu gestalten. Warum ist bei vielen Bundestagsparteien die Oppositionsehnsucht ausgeprägter als die Lust an der Macht und warum haben die drei großen Volksparteien, die trotz starker Verluste die Regierungsverantwortung quasi auf dem Tablett angeboten bekommen, so wenig Lust, die Chance zu einem Neuanfang zu nutzen?

Einem langweiligen Wahlkampf mit wenigen Kontroversen und dürrtigen Inhalten folgte ein dramatischer Wahlausgang. Ein über Jahrzehnte stabiles Parteiensystem befindet sich seither in Aufruhr. Die geradezu tektonischen Verschiebungen in der Parteienskala haben zu einer rechten Mehrheit geführt und dennoch hat die **Union** mit 33 % ihr schlechtestes Ergebnis eingefahren. Dies hat ihren Glauben an ihre Funktion als Stabilitätsanker der deutschen Politik bis in die Wurzeln aufgewühlt. Die Nachwirkungen sind bereits erkennbar. Der liberale Umbau der Union zur Mitte hin, eingeleitet von dem früheren CDU-Generalsekretär Heiner Geißler und bis zuletzt von Kanzlerin Merkel verfolgt, hat ein Ende gefunden. Kohls Weitschweifigkeit und Merkels Wortkargheit haben erhebliche Defizite in der öffentlichen Debatte der Konservativen offengelegt. Erst jetzt, nach der denkwürdigen Grenzöffnung 2015, wird massiv spürbar, was die selbstherrliche Flüchtlingspolitik bei der traditionellen Wählerschaft der Union angerichtet hat. Danach hat auch der Zick-Zack-Kurs der CSU mit ihrem Demontageversuch einer bis dahin nahezu sakrosankten Kanzlerin und deren anschließender wahltaktischer Wiederbelebung zu dem Wahldesaster beigetragen.

Die **SPD** wiederum hat seit ihrem Abschied vom Marxismus im Godesberger Programm 1959 unter deren Kanzlern Brandt, Schmidt

und Schröder nahezu auf Augenhöhe mit der Union agiert. Auch wurde die SPD-Politik immer mehr in die wirtschaftsfreundliche Mitte gerückt. Dieser Mittelkurs stieß zwar im linken Lager auf Widerspruch, jedoch garantierte er Machterwerb und Machterhalt. Dass ein erheblicher Teil der Gefolgschaft unter Kanzler Schmidt zur neuen Partei „Die Grünen“ wechselte, wurde nahezu klaglos hingenommen, obwohl hier der SPD eine linke Konkurrenz erwuchs. Erst die Schröder'sche Agenda 2010 führte zum Aderlass der Partei am linken Flügel und machte erstmals schmerzhaft bewusst, dass sich bedeutende Wählerschichten den linken Alternativen zugewandt hatten. Umso überraschender wurde die Erfahrung 2017, als traditionelle SPD-Wählerschichten in einem typisch linken Milieu in Nordrhein-Westfalen plötzlich ins ultrarechte AfD-Lager wechselten.

Das Ergebnis dieser Wahlen hat eine neue Polarität bei den Volksparteien geschaffen. Auf der Achse des Parteiensystems bilden die beiden die Pole, Lager der Eindeutigkeit und bestätigen die neue Regel: entweder konsequent global-liberal oder national-autoritär. Die Grünen als Partei des Gesinnungsbürger-

tums können für sich in Anspruch nehmen, nicht zwischen verschiedenen Klasseninteressen vermitteln zu müssen, sondern sie stehen für die Werte, die ihre Wähler gerne hätten. Ihnen ist klar, dass sich ökologische Fragen nicht national, sondern nur global lösen lassen. Innerparteiliche Stimmen, die einen national-ökologischen Flügel darstellen könnten, sind bei ihnen zu schwach ausgeprägt.

Auch die **FDP** ist wieder im Rennen, wenn auch von der Angst getrieben, genau wie ihre Vorgängerfraktion unter Westerwelle in einer Jamaika-Koalition zerrieben zu werden. Dieses Argument, lieber gar nicht, als falsch regieren zu wollen, zeugt von einem falschen Denkansatz. Die Ministerriege der vergangenen konservativ-liberalen Koalition

INHALT

	Seite 1 + 2 Wechselwähler erschüttern die Parteien
	Seite 3 Seminarübersicht 1. Halbjahr 2018
	Seite 4 + 5 Bedingungsloses Grundeinkommen
	Seite 5 Abschaffung der Straßenausbaubeiträge
	Seite 6 Das Projekt „Zukunftswerkstätten“
	Seite 7 „Gipfelgespräch“ mit FW-Chef Aiwanger
	Seite 7 Politischer Aschermittwoch in Deggendorf
	Seite 8 100 Jahre Frauenwahlrecht

von 2009 bis 2013 blieb blass und schwach. Selbst bei den Liberalen bilden sich zwei Lager: Für einen Teil ihrer Anhänger gilt die Freizügigkeit von Waren als Verlängerung für die Freizügigkeit von Menschen und Kulturen. Sie setzen auf Globalisierung. Den anderen Flügel präsentiert Christian Lindner, der die in der sozial-liberalen Koalition unter Brandt und Schmidt verschütteten Wurzeln der National-Liberalen wieder freigelegt hat. Auch dieser Flügel votiert für unbegrenzte Ökonomie, vermischt dies aber mit Europakritik und strikter Grenzregulierung.

Das alles demonstriert den heutigen Riss der alten Mitte, in der sich die Parteien in der Vergangenheit gesammelt hatten. Es geht, von vielen Parteien viel zu spät erkannt, nicht mehr nur um links gegen rechts. Vielmehr geht es um global versus national und damit um eine bevorstehende Neusortierung der Parteien. Diese Neupositionierungen, die sich hier andeuten, haben die Wirkung von geradezu tektonischen Bewegungen und bevorstehenden Spaltungen und breiten sich parteiübergreifend aus.

Über Jahrzehnte lautete ein Lehrsatz der Wahlstrategen: Kommunalwahlen werden von Persönlichkeiten, Landtags- und Bundestagswahlen von politischen Ideologien entschieden. Diese Gewissheiten haben die

Wähler am Wahltag geradezu pulverisiert. 20,5 % der Stimmen für die Volkspartei SPD waren ein Wahldesaster. In der Bundestagswahl 1998 wählten noch knapp 20,2 Mio. Deutsche die SPD und machten so Gerhard Schröder zum Bundeskanzler. 2017 waren es noch 9,5 Mio., ca. 10,7 Mio. waren also der SPD in diesem Zeitraum verlorengegangen. Theoretisch hatte bis dahin stets die Möglichkeit einer linken Regierungsmehrheit, bestehend aus SPD, Linken und Grünen, bestanden. Das ist jetzt Geschichte. Statt eines rot-roten Tabus bleibt nun als einzige Möglichkeit die ungeliebte GroKo, zu der sich die beiden Volksparteien CDU/CSU und SPD über eine Mitgliederbefragung bei der SPD lust- und kraftlos über die Ziellinie geschleppt haben. Dafür steht jetzt die Union vor dem Tabu einer Koalition mit der AfD, vermutlich als Reaktion darauf, dass ca. 1 Mio. Unionswähler die AfD gewählt haben. Es mag bei den Konservativen durchaus Überlegungen zu diesem Tabubruch gegeben haben. Seit der Aschermittwochsrede des AfD-Politikers Poggenburg, maßlos in der Sprache, rücksichtslos und voller Hass in der Haltung, ein geradezu rassistischer Ausbruch und auch Volksverhetzung, ist dieses Tabu neu gestärkt worden.

Die Parteien müssen seither einem unbekannten Phänomen Rechnung tragen. Ein neuer Wählertypus ist auf die Bühne getreten. Heute entscheidet der Wechselwähler über den Ausgang der Wahlen. Noch nie in der Geschichte der Republik haben bei Wahlen Wähler ihre Parteipräferenzen in dem Ausmaß geändert, wie zwischen 2013 und 2017. Das lässt den Schluss zu, dass sich dieses

Land von einer Volksparteiendemokratie in eine Wechselwählerdemokratie wandelt. Das heißt, nicht mehr langfristige Überlegungen, sondern kurzfristige Stimmungen werden zunehmend wahlentscheidend. Dieser Wechselwählertypus wirkt stets unzufrieden, flüchtig und immer leichter erregbar und lässt sich langfristig an die traditionellen Parteien nicht mehr binden.

Verstärkt wird diese Entwicklung in einem hohen Maß durch die sozialen Medien. Hier spielen komplexe Zusammenhänge keine Rolle mehr. Dafür werden aus Tatsachen Fakten, so sie in das eigene Weltbild passen, geradezu gedankenlos aufgenommen und wirken bisweilen sogar als Brandbeschleuniger. Zu diesen digitalen Filterblasen politisch Gleichgesinnter haben Gegenargumente meist keinen Zutritt mehr. Politik gerät damit immer mehr in eine „Alles-oder-Nichts-Veranstaltung“. Der Kompromiss wird zum ungeliebten Fremdkörper.

Trotz alledem: Die meisten Bürger wollen nicht Opfer geschürter Erregungen oder digitaler Luftblasen werden. Sie setzen auch nicht auf ideologische Projekte, sondern sie sind an der Lösung der dringendsten Probleme interessiert. Die Parteien müssen also die Frage beantworten, wie und wann die Politik insgesamt wieder ihre Gestaltungs-

fähigkeit zurückgewinnt. Die geschilderten Auswirkungen des Wahlergebnisses von 2017 werden erkennbar von einem politischen Wetterleuchten begleitet, das in Ansätzen bereits Neuorientierungen erkennen lässt. Der endgültige Neuaufbruch allerdings wird erst nach der Ära Merkel stattfinden. Der Parteitag der **CSU** hat in Ansätzen den Willen zu dieser Neuorientierung bereits erkennen lassen. Bezeichnenderweise moderiert von der Überfigur Merkel selbst. In der CSU haben sich die bevorstehenden Veränderungen schon mit dem Wechsel des Politikstils und der Personalle Söder zur Gewissheit verdichtet. Inwieweit sich die „konservative Revolution“ und der Ruck auf den rechten Flügel überhaupt realisieren lassen, wird die Zukunft beantworten.

Die SPD selbst wirkt auch nach ihrer Entscheidung für die GroKo weiterhin orientierungslos und ist für weitere Überraschungen gut. Die SPD-Verantwortlichen haben bereits erkennen lassen, wie sie den Status einer Volkspartei wiedergewinnen wollen. Sie wird, wenn auch unter Schmerzen, versuchen Abschied zu nehmen von der neoliberalen Attitüde, wie sie z.B. bei der Agenda 2010, sei es berechtigt oder unberechtigt, praktiziert wurde.

Die FDP krankt nach wie vor an dem Verlust ihres sozial-liberalen Flügels, den sie anlässlich des Wechsels von Helmut Schmidt zu Helmut Kohl anfangs der 80er Jahre verloren

Allen Parteien ist erkennbar die Fähigkeit abhandengekommen, gesellschaftliche Konflikte zu thematisieren und in politisch tragfähige Kompromisse münden zu lassen.

hat. Die Suche nach dem national-liberalen Flügel wird dieses Manko nicht wettmachen. Sie wird versinnerlichen müssen, dass der Wechselwähler einen höheren Stellenwert besitzt, als die Idealvorstellungen einer 7 %-Partei. Das Ziel, sich als dritte Volkspartei auf Dauer zu etablieren, setzt eine politische Größenordnung von ca. 15 – 20 % des Wähleranteils voraus. Das gescheiterte Projekt 18 % ihres früheren Parteivorsitzenden Westerwelle endete desaströs bei 7,4 %.

Bei den Grünen ist erkennbar, dass die innerparteiliche Flügellogik in sich bröckelt. Damit entstehen aber auch neue Koalitionsfähigkeiten bis in das bürgerliche Lager hinein. Trennungen des Programms und des Führungspersonals in weiblich und männlich, rechts und links dürften nicht mehr zukunftsfähig sein. Auch hier steht ein Wandel bevor.

Die Unruhe bei den Linken ist kaum noch zu übersehen. Die Vorschläge von Wagenknecht und Lafontaine haben dies überdeutlich gemacht. Es droht ein Bruch zwischen traditionellen, nationalstaatsorientierten Sozialisten und den postmodernen Linken. All diese Gedankenspiele sind aber müßig, wenn die Rückkehr der SPD zum Status einer Volkspartei nicht gelingt. Auch in diesem Lager stehen damit noch schmerzliche und quälende Entscheidungen bevor.



*Volker Heiduk
BKB Ehrenvorsitzender*

In einer globalisierten Welt, die den Wohlstand und damit den Lebensstandard der Deutschen garantiert, wird das AfD-Allheilmittel Nationalismus mit den immer lauter werdenden Wortführern Höcke, Poggenburg, von Storch etc. immer skurriler. Die Rückkehr ins nationale Schneckenhäuschen wird nur sinnvoll, wenn Lösungen für die von allen Parteien erkannten Probleme aus dem Lager der AfD kommen. Davon ist die Partei allerdings weit entfernt. Die 12,6 %-Partei hat die Hälfte ihrer Stimmen Protestwählern zu verdanken, die wussten, dass sie einer Partei die Stimmen gaben, die fernab aller Regierungsverantwortung landen würde. Damit kam die Wut zum Ausdruck, die sie gegenüber den traditionellen Parteien und ihrer Weigerung, sich Zukunftsproblemen zuzuwenden, empfanden. Allen Parteien ist erkennbar die Fähigkeit abhandengekommen, gesellschaftliche Konflikte zu thematisieren und in politisch tragfähige Kompromisse münden zu lassen. Die Flüchtlingskrise wurde damit beispielhaft zum Mobilisierungsthema der AfD und zum Nachweis der Parteienversäumnisse.

Last but not least fragt man sich, welche Rolle die **Freien Wähler** in diesem Dschungel der Ratlosigkeit spielen wollen und können. Jeweils 1 % Wählerzustimmung bei den Bundestagswahlen 2013 und 2017 sind klare Zeichen, dass diese Versuche wohl auch in Zukunft schon aufgrund der Bedeutungslosigkeit der Freien Wähler in den anderen Bundesländern erfolglos sein werden.

Vor der Frage, welche Konsequenzen die Freien Wähler aus dem Bundestagswahlergebnis ziehen müssen, bleiben auch diese nicht verschont; vor allem im Hinblick auf die bevorstehenden Landtagswahlen in Bayern. Genügt es, die hinlänglich bekannten Aussagen gleich einem Mantra zu wiederholen oder bedarf es einer Überprüfung der Ausrichtung der Leitsätze, die bisher gleich einer Programmik für die Freien Wähler richtungweisend waren? **Die Antwort wird zeitnah gefunden werden müssen.**

SEMINARÜBERSICHT DES BILDUNGSWERKES IM 1. HALBJAHR 2018

März

Fr. 23.3.2018	Straßenausbaubeitragssatzung – aktueller Stand in Bayern	Raab	Oberbayern West (Freising)
Sa. 24.3.2018	Facebook politisch einsetzen	Freudenberger	Oberbayern West (Planegg)

April

Sa. 7.4.2018	Erfolgreicher Auftritt mit einer eigenen Facebookseite	Freudenberger	Unterfranken (Kleinheubach)
Fr. 13.4.2018	Straßenausbaubeitragssatzung - aktueller Stand in Bayern	Raab	Mittelfranken (Roßtal)
Sa. 14.4.2018	So gewinnen Sie die nächste Wahl	Knoll	Mittelfranken (Adelsdorf)
Sa. 14.4.2018	Kommunikation + Rhetorik f.d. Einsatz in ein kommunales u. politisches. Ehrenamt	Schmitz	Schwaben (Gersthofen)
Sa. 14.4.2018	Facebook politisch einsetzen	Freudenberger	Unterfranken (Burglauer)
Fr. 20.4.2018	Straßenausbaubeitragssatzung - Aktueller Stand in Bayern	Geyer	Oberfranken (Ebensfeld)
Fr. 20.4.2018	Die Bayerische Bauordnung	Wagner	Niederbayern (Hauzenberg)
Fr. 20.4.2018	Workshop zu aktuellen Themen des kommunalen Rechts	Kleiber	Oberbayern Ost (Halfing)
Fr. 20.4.2018	Leben und Wohnen im Alter	Walther	Oberbayern West (Ingolstadt)
Fr. 20.4.2018	Die familienfreundliche Gemeinde	Ziegler	Oberpfalz (Cham)
Fr. 20.4.2018	Bürgerstiftung – Ein modernes Instrument für nachhaltige Projektförderung in Kommunen?	Otto	Mittelfranken (Kirchensittenbach)
Sa. 21.4.2018	Das A & O der Kommunikation - Mitgliedergewinnung	Henry	Oberbayern West (Neufahrn)
Sa. 21.4.2018	Mitglieder werben, Mitglieder halten	Knoll	Oberpfalz (Oberviechtach)
Fr. 27.4.2018	Leben und Wohnen im Alter	Walther	Niederbay. (Prunn b. Riedenburg)
Fr. 27.4.2018	Die Verkehrsinfrastruktur unserer Gemeinde - fit für die Zukunft?	Stock	Oberbayern West (Eichstätt)
Sa. 28.4.2018	So gewinnen Sie die nächste Wahl	Knoll	Schwaben (Günzburg-Deffingen)

Mai

Fr. 4.5.2018	Facebook - Fortgeschrittene	Freudenberger	Mittelfranken (Kirchensittenbach)
Fr. 4.5.2018	Die Verkehrsinfrastruktur unserer Gemeinde - fit für die Zukunft?	Stock	Oberbayern West (Ebersberg)
Fr. 4.5.2018	Stellung beziehen und souverän kommunizieren	Portele	Oberbayern Ost (Altötting)
Fr. 4.5.2018	Leben und Wohnen im Alter	Walther	Oberpfalz (Oberviechtach)
Sa. 5.5.2018	Das neue TYPO3 - Erstellung und Pflege einer gemeindlichen Homepage	M. Schmitz	Oberbayern West (Ismaning)
Sa. 5.5.2018	Rhetorik/Kommunikation – der erste Eindruck ist entscheidend	Portele	Niederbayern (Wurmsham)
Sa. 5.5.2018	Die Bayerische Bauordnung - Bauleitplanung	Wagner	Schwaben (Unterallgäu)
Fr. 25.5.2018	Leben und Wohnen im Alter	Walther	Mittelfranken (Gerhardshofen)

Juni

Fr. 15.6.2018	Straßenausbaubeitragssatzung – aktueller Stand in Bayern	Raab	Mittelfranken (Heroldsberg)
Fr. 15.6.2018	Unsere Gemeinde - Fit für die Zukunft?	Stallmeister	Oberbayern West (Holzkirchen)
Fr. 15.6.2018	(Jugendliche) Mitglieder für ehrenamtliche (Mit-)Arbeit begeistern	Ziegler	Unterfranken (Werneck)
Fr. 15.6.2018	Haushaltsplanung - Verstehen und Gestaltung	Neubauer	Oberbayern Ost (Ainring)
Sa. 16. 6.2018	Praktische Arbeit mit dem neuen TYPO 3	M. Schmitz	Niederbayern (Pfarrkirchen)
Fr. 22.6.2018	Die Verkehrsinfrastruktur unserer Gemeinde - fit für die Zukunft?	Stock	Oberbayern West (Planegg)
Sa. 30.6.2018	Das A & O der Kommunikation - Mitgliedergewinnung	Henry	Oberbayern West (Oberhaching)

Juli

Fr.13.7.2018	Die Verkehrsinfrastruktur unserer Gemeinde - fit für die Zukunft?	Stock	Oberbayern West (Dachau)
Sa. 14.7.2018	Schlagfertigkeit in jeder Situation	A. Schmitz	Oberbayern West (Ismaning)
Fr. 20.7.2018	Straßenausbaubeitragssatzung – aktueller Stand in Bayern	Raab	Oberbayern West (Dachau)
Sa. 28.7.2018	Unsere Gemeinde - Fit für die Zukunft?	Stallmeister	Oberbayern West (Olching)

UTOPIE ODER ZUKUNFTSVISION – DAS BEDINGUNGSLOSE GRUNDEINKOMMEN

Prof. Dr. Sascha Liebermann gibt bei BKB-Seminarabend in Roth Informationen und Denkanstöße zu einem immer wieder heiß diskutierten Thema.

ROTH. „Bedingungsloses Grundeinkommen“ – für die einen ist dieser Begriff eine reine Provokation, eine Utopie. Für andere aber eine Zukunftsvision mit dem Ziel, ein „radikales Umdenken in unserer Gesellschaft“ einzufordern. Genau dafür steht Prof. Dr. Sascha Liebermann, der auf Einladung des Bildungswerks für Kommunalpolitik (BKB) in Roth die Grundelemente vorstellte, auf welchen die Idee des „Bedingungslosen Grundeinkommens“ (BGE) basiert. Im Anschluss an seinen Vortrag stellte er sich nur zu gerne den oftmals kritischen Fragen seines Publikums.

Fragen, die für den hartnäckigen Verfechter des BGE nicht neu schienen. Liebermann gehört bereits seit Anfang der 2000er Jahre zu den Fürsprechern einer politischen Forderung, die nicht nur in Deutschland, sondern auch international immer wieder für kontroverse Debatten sorgt. Auch in Roth begegnete der eloquente Professor sowohl Skeptikern als auch Befürwortern.

Um das Thema, das nicht nur betriebs- und volkswirtschaftliche, sondern auch gesellschaftspolitische und sogar philosophische Fragen aufwirft, in allen Details und in letzter Konsequenz auszuloten, „könnten wir auch bis morgen früh hier sitzen“, brachte es BKB-Bildungsleiter Michael Schmitz in seinem Fazit auf den Punkt. Doch reichte der Diskussionsabend durchaus dazu, um dem für viele nur schwer fassbaren Begriff des „Bedingungslosen Grundeinkommens“ ein Gesicht zu geben; um Inhalte zu vermitteln – und damit auch Impulse zu geben, die Debatte fortzusetzen. Denn geht es nach Liebermann, „dann ist der Prozess hin zum BGE schon mitten am Laufen“ – nur schwer zu glauben angesichts der Tatsache, dass für die Einführung des BGE so manche, oft über Jahrhunderte hinweg ge-

wachsene Wertvorstellung über Bord geworfen werden müsste.

Im Folgenden nun einige der wesentlichen Fragen und Kernaussagen Liebermanns aus der Rother Seminarrunde:

Was meint der Begriff „bedingungslos“ im Zusammenhang mit Einkommen?

In einem klassischen Sozialstaat wie Deutschland beruhen Bezüge wie Rente, Arbeitslosengeld oder Erziehungsgeld immer auf einer Gegenleistung in Form einer sozialversicherungspflichtigen Arbeitsstelle. Wer also einbezahlt, kann damit rechnen, bei (gesetzlich anerkanntem) Bedarf vom Staat unterstützt zu werden. Für das BGE genügt allein die Existenz als Bürger, um Anspruch auf dieses Grundeinkommen zu haben. Der Betrag wäre gleich – egal ob für ein Baby oder für einen Greis – und soll allein das Existenzminimum sichern. Die Betonung liegt auf „Existenz sichern“; wir sprechen also nicht von einem persönlichen Bedarf, den jeder Einzelne hat.

Was bedeutet das in der Sichtweise auf den einzelnen Bürger?

In der gesellschaftlichen Wahrnehmung ist nach Aussage Liebermanns „Leistung“ derzeit im Wesentlichen reduziert auf die „Leistung“, die für ein monatliches Einkommen an einer Arbeitsstelle erbracht wird. Ob ehrenamtliches Engagement, Pflege von Angehörigen oder Kindererziehung – das ist im monetären Sinn aktuell nicht wirklich etwas Wert.

Würde daran die Einführung des Bedingungslosen Einkommens etwas ändern?

Aus wirtschaftlicher Sicht würde es bedeuten, dass in den Unternehmen viel mehr die Wertschöpfung als der Erhalt von Arbeitsplätzen in den Fokus gerückt werden könnte, wie das gegenwärtig der Fall ist. Betriebe hätten dann mehr Raum für Automatisierung, für Digitalisierung und Innovationen, weil die wesentlichen Lebensgrundlagen jedes Einzelnen ja bereits über das BGE garantiert sind und nicht



Die Grundideen des „Bedingungslosen Grundeinkommens“ stellte Prof. Dr. Sascha Liebermann in Roth bei einem Abendseminar des BKB in den Räumen von „Auf Draht“ vor, um sich danach in einer regen Diskussion den Fragen und kritischen Anmerkungen der Zuhörer zu stellen. Foto: Claudia Weinig

mehr über einen konkreten Arbeitsplatz, der – so Stand heute – über die Arbeitsmarktpolitik in jedem Fall erhalten werden muss. Unser ganzes System zielt derzeit nur darauf ab, Menschen in Arbeit zu bringen. Das fängt bei der Familienpolitik an (Ganztageskinderbetreuung) und geht hin bis zur Arbeitsmarktpolitik mit genauen Reglementierungen im Fall von Arbeitslosigkeit.

Wer automatisch ein Grundeinkommen bezieht, kann eher nach dem Lustprinzip als nach dem Leistungsprinzip arbeiten. Da ist Chaos programmiert.

Ein BGE verhindert keinen Arbeitsvertrag zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit Rechten und Pflichten. Aber der Arbeitnehmer wird nicht mehr allein aufgrund eines Gehaltszettels, sondern aufgrund eigenen Willens und eigener Motivation einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Davon wiederum profitiert das beschäftigende Unternehmen. Die heute hohe Zahl an Arbeitnehmern, die innerlich schon gekündigt haben, wäre dann mit Sicherheit deutlich geringer. Oder aber mehr Menschen würden den Schritt in die Selbständigkeit wagen, weil sie zumindest ihr Existenzminimum gesichert wissen. Ja, ein BGE würde wohl auch eine veränderte, mehr wertschätzende Arbeitsplatzkultur verlangen. Für beide Seiten.

Welche Auswirkungen hätte dies auf die Gesellschaft?

Aus gesellschaftspolitischer Sicht würde das BGE bedeuten, dass ehrenamtliche Arbeit oder Familienarbeit gleichgestellt ist mit einer Erwerbstätigkeit, weil sie nämlich keine existenzielle Gefährdung mehr bedeutet, wenn man deshalb nicht oder weniger arbeitet. Das ist eine Veränderung des Wertekanons.

Mit dem Wissen um ein Grundeinkommen lassen sich mehr Menschen für ein Ehrenamt oder für familiäre Aufgaben begeistern, was wiederum der Gesellschaft zugutekommt, die sich schon jetzt die Arbeit, die auf diesen Gebieten geleistet wird, nicht leisten könnte – müsste sie denn bezahlt werden. Laut Statistischem Bundesamt wird schon jetzt in Deutschland 35 Prozent mehr Zeit für unbezahlte Arbeit aufgewendet als für bezahlte



Einkommen nur per Lohn- und Gehaltszettel? Geht es nach Prof. Dr. Sascha Liebermann, sollte jedem ein „bedingungsloses Grundeinkommen“, unabhängig von einer Erwerbstätigkeit, von Geschlecht und Alter, zustehen. Foto: Claudia Weinig

Erwerbsarbeit (2013). Das entspricht einem Gegenwert von 826 Milliarden Euro, dem ein Gesamtnettoloohn aller Arbeitnehmer von 780 Milliarden Euro gegenübersteht.

Aber nicht jeder würde ehrenamtlich arbeiten, wenn dennoch jedes Monat Geld auf dem Konto ist, das zumindest zum Leben reicht?

Gegenfrage: Haben wir das nicht heute, im Sozialstaat, auch schon? Doch wie viele Menschen sind das genau? Sie machen doch sicher nur einen Bruchteil der Gesamtbevölkerung aus. Wer also aus diesem Grund gegen die Einführung des BGE ist, orientiert sich an einer kleinen Minderheit, um dafür auf viele große Vorteile zu verzichten. Das ist Selbstbestrafung. Mit dem flächendeckenden BGE könnten wiederum die Kassen in allen sozialen Marktwirtschaften entlastet, wenn nicht sogar

aufgelöst werden. Stichworte hier: Arbeitslosengeld, Familiengeld, Hilfen zum Lebensunterhalt, Rente, Bafög. Das alles ist dann hinfällig bzw. könnte sich aus diesen Etats das BGE finanzieren lassen.

Dennoch gibt es das Bedingungslose Grundeinkommen noch in keinem Land.

Laut Liebermann fehlt es derzeit hierzulande allein am politischen Willen. Er jedoch sieht den Prozess am Laufen. „Allein die Diskussion darum bewegt etwas, verändert das Denken. Wenn das BGE in der Zukunft eingeführt werden würde, hätte es einen langen Vorlauf gehabt. Zeit, in der sich Industrie, Gesellschaft und Politik darauf einstellen könnten. Dieser laufende (Denk-)Prozess steht für ihn in direktem Zusammenhang mit der Weiterentwicklung der Demokratie im Sinn einer wachsenden Freiheit für jeden Einzelnen, das eigene

Wer mehr über die Ideen von Prof. Dr. Sascha Liebermann und seine Mitstreiter wissen möchte, kann sich u.a. informieren unter www.freiheitstattvollbeschaeftigung.de oder www.unternimm-die-zukunft.de.

Leben individuell(er) und eigenverantwortlicher als heute gestalten zu können und zwar in einer globalisierten Welt, in der niemand mehr als Einzelner etwas bewegt, sondern Teil eines großen Gefüges aus Gemeinschaftsleistung und -gegenleistung – weit über die Erwerbstätigkeit hinaus – ist.

Das BGE „verspricht keine Märchenwelt, sondern ist vielmehr der pauschalisierte monetäre Anteil aus dieser Gemeinschaftsleistung.“

Claudia Weinig

ABSCHAFFUNG DER STRAßENAUSBAUBEITRÄGE – FREIE WÄHLER ZWINGEN STAATSREGIERUNG ZUM HANDELN

Eines ist sicher, die Straßenausbaubeiträge in Bayern werden fallen – Dank der Initiative der FREIEN WÄHLER! Im Landtag und in der Öffentlichkeit wurden wir zum Jahreswechsel von anderen Parteien dafür noch verspottet, nun hechelt uns die Staatsregierung hinterher.

Mehr als 70.000 Unterschriften für den Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens sprechen eben eine klare Sprache: Die bayerischen Bürger wünschen die Abschaffung der ungeliebten Beiträge und zwar so schnell wie möglich. Die Einleitung eines Volksbegehrens und unsere Gesetzesinitiativen im Bayerischen Landtag waren daher goldrichtig, um mit klarer Kante endlich eine Lösung zu finden, die Bürger zu entlasten und Rechtssicherheit für die Kommunen zu schaffen.



Abwasserentsorgung, Krankenhäusern und im ÖPNV bekannt. Unsere Städte und Gemeinden sind die Herzkammer unserer Gesellschaft, müssen immer mehr Aufgaben übernehmen und stehen als Sachaufwandsträger in der Verantwortung. Aus Sicht der FREIEN WÄHLER werden sie aber nicht adäquat an den Steuerverbänden und Haushaltsmitteln beteiligt. Gerade finanzschwachen Kommunen ist es damit fast unmöglich, die wachsenden Aufgaben und notwendigen Zukunftsinvestitionen zu schultern. Dieser Teufelskreis führt neben regionalen Faktoren dazu, dass sich die Schere zwischen finanzstarken und -schwachen Kommunen in den vergangenen Jahren weiter geöffnet hat. Wir als FREIE WÄHLER wollen dies nicht. Wir stehen für gleichwertige Lebensverhältnisse und kämpfen dafür.

Da ein Volksbegehren kostenneutral sein muss, war es uns nicht möglich eine Kostenentlastung für Bürger und Kommunen in den Gesetzentwurf aufzunehmen. Selbstverständlich dürfen wir unsere Kommunen aber nicht im Regen stehen lassen, denn der Straßenausbau und -erhalt ist nicht nur wichtig, sondern auch kostspielig. Deswegen haben wir nicht nur das Volksbegehren gestartet, sondern eine zusätzliche Gesetzesinitiative im Land-

tag eingebracht. Auch fordern wir seit Jahren unaufhörlich, unsere Kommunen finanziell besser zu stellen. Jetzt hätte der Freistaat eine konkrete Gelegenheit dazu und sollte diese beim Schopfe packen.

Die Straßenausbaubeiträge stehen stellvertretend dafür, dass der Freistaat unsere Kommunen finanziell mehr unterstützen muss.

Neben dem kommunalen Straßenbau stehen unsere Städte und Gemeinde vor weiteren großen gesellschaftlichen Aufgaben. Wenn ihnen dafür nicht ausreichend Geld zur Verfügung steht, merken dies die Bürger vor Ort zuerst.

Seit Jahren ist den Entscheidern in Land und Bund der Investitionsstau bei Straßen, Schulen, Schwimmbädern, Wasserversorgung und

Mit der Einleitung des Volksbegehrens und mit unseren Gesetzesinitiativen im Landtag haben wir einen fruchtbaren Dialog zwischen den Bürgern, Kommunalpolitikern und der Landespolitik angeregt. Wir nehmen damit aber auch den Freistaat und jeden Einzelnen von uns in die Verantwortung, die Verantwortung nämlich, gemeinsam unsere Heimat, unsere Städte und Gemeinden und unser Land zu gestalten. Wir wollen Geld für unsere Infrastruktur und die Daseinsvorsorge in die Hand nehmen und damit einen Teil unserer Zukunft und die der nachfolgenden Generationen sichern. Diese Zukunftsleistung soll möglichst auf allen Schultern verteilt werden. Daher sollten wir unseren Städten und Gemeinden dringend weitere Finanzmittel von Bund und Land zukommen lassen.

FW Bayern

Sie wollen mehr über unsere Initiativen zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge wissen? Unter www.volksbegehren-strabs.de, auf www.fw-bayern.de und auf der Seite unserer Landtagsfraktion unter <https://fw-landtag.de/> finden Sie viele interessante Informationen.

DAS PROJEKT „ZUKUNFTSWERKSTÄTTEN – JUGEND IM LANDKREIS KULMBACH“ GEWINNT BAYERISCHE UND BUNDESWEITE WETTBEWERBE

Mit dem Projekt „Zukunftswerkstätten – Jugend im Landkreis Kulmbach“ konnte erstmals im Herbst 2013 eine beispielgebende Initiative gestartet werden, die eine direkte, unmittelbare und nachhaltige Beteiligung und Aktivierung junger Menschen zum Ziel hat. Hierbei soll es um eine sehr konkrete Bestandsaufnahme und die konkrete Formulierung von Wünschen und Ideen in unterschiedlichen Bereichen gehen, die dann gemeinsam mit den politischen Verantwortlichen der jeweiligen Gemeinde in Teilbereichen umgesetzt werden. Durch diese Vorgehensweise wächst nicht nur das kommunalpolitische Interesse an der Heimatgemeinde, es steigt auch die lokale Verwurzelung und Identifikation. In der anschließenden Realisierungsphase wird mit großem ehrenamtlichem Engagement der Lebensraum von jungen Menschen positiv verändert. Unabhängig vom sozialen Status und der Schulart werden alle Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter zwischen 12 und 18 Jahren in diesen Prozess aktiv mit eingebunden. Die beteiligten Gemeinden erhalten aus erster Hand eine umfassende, zukunftsweisende Analyse ihrer Gemeinde aus dem Blickwinkel der Zielgruppe. Besonders erwähnenswert ist hierbei die überdurchschnittlich hohe Beteiligungsquote von bis zu 55% der eingeladenen Jugendlichen. Junge Menschen werden als Experten aktiv beteiligt, dadurch werden kommende Entscheidungen der Gemeinden auf dem Gebiet der Jugendpolitik transparenter, kompetenter und akzeptierter getroffen.

Die **erste Themenecke** beschäftigt sich mit der Infrastruktur der Gemeinde. Hier haben die Jugendlichen die Möglichkeit, punktgenau auf vorbereiteten Gemeindeplänen darzustellen, was an Räumen, Gebäuden oder sonstigen Infrastrukturbereichen in der Gemeinde fehlt.

In der **zweiten Themenecke** werden die Jugendlichen zu den Freizeitangeboten und -möglichkeiten in der jeweiligen Gemeinde befragt. Hierbei geht es darum, die Angebote der Vereine und der Jugendverbände zu evaluieren: Welche Aktivitäten für Jugendliche (Ferienprogramm, Veranstaltungen, offene Angebote) gibt es darüber hinaus, welche Angebote sind „in“, welche Angebote sind „out“. In einem weiteren Abfragepunkt werden junge Menschen nach ihrem „Wunschfreizeitplan“ befragt, d.h. Jugendliche teilen mit, wann sie welches Freizeitangebot gerne hätten. Gerade diese Themenecke sammelt

sehr viele wichtige Informationen, die für die betreffenden Vereinsvertreter von großem Interesse sind. Denn hier können die Vereinsverantwortlichen punktgenau erfahren, wie die Interessen junger Menschen im Hinblick auf Vereinsaktivitäten sind.

Die **dritte Ecke** beinhaltet die Themen Schule, Ferienjobs, Praktika, Ausbildungssituation, Berufswahl, (persönliche) Zukunft und berufliche Weiterbildung. In diesem Themenfeld wird z.B. deutlich, dass die Jugendlichen oftmals Ferienjobs bzw. Praktikumsplätze in ihrem Heimatdorf vermissen. Die Gemeinden nutzen diese Ansatzpunkte dahingehend um z.B. örtliche Betriebsbesichtigungen, neue



Praktikumsplätze oder eine Ferienjobbörse für ihr Gemeindegebiet zu organisieren. Eine weitere wichtige Fragestellung in dieser Ecke ist die Frage, wann Jugendliche noch Freizeit haben. Dies ist gerade in Zeiten von Ganztageschulen für die Vereine besonders wichtig. Hier können sie erfahren, ob ihre Angebote aus rein zeitlichen Gründen von Jugendlichen überhaupt wahrgenommen werden können.

Die **vierte Ecke** wird als „Königsecke“ nach dem Motto „Wenn ich König meiner Heimatgemeinde wäre“ bezeichnet. Bei dieser Ecke haben die Jugendlichen die Möglichkeit auch „verrückte“ Sachen auf einer sehr langen Tischdecke zu notieren. Um die Arbeitsatmosphäre zusätzlich aufzulockern, können sich die Jugendlichen als „König“ ihrer Heimatgemeinde mit Königskrone, Zepter und „Herminmantel“ fotografieren lassen. Jede der vier Ecken wird von einem neutralen Moderationsteam betreut. Diese motivieren und aktivieren die Jugendlichen bei der Formulierung der jeweiligen Punkte, sie verhalten sich komplett sachlich und ergreifen keinerlei Partei. Der vorletzte Punkt der Zukunftswerkstatt wird dann wieder ganz konkret. Hier wird festgelegt, wie es nach diesem Abend

weitergeht. Manchmal finden sich bereits Jugendliche, die sich konkret schon für die Mitarbeit melden. Zum Teil werden „WhatsApp“-Gruppen gebildet, sich zu Stammtischen verabredet oder ganz einfach Telefonnummern ausgetauscht. Parallel haben die Bürgermeister und die Jugendbeauftragten die Möglichkeit, erste Kontakte zu interessierten Jugendlichen zu knüpfen und zu verfestigen. Auf Grundlage der ausgewerteten Ergebnisse wird eine differenzierte Präsentation zusammengestellt. Diese wird dem Gemeinderat im Detail vorgestellt. Soweit es Punkte gibt, die für Vereine und Verbände von Bedeutung sind, gibt es darüber hinaus ein Folgetreffen mit den entsprechenden Vereinen.

In den verschiedenen Gemeinden des Landkreises Kulmbach konnten seit 2013 viele Projekte schon umgesetzt werden. Nachfolgend zählen wir einige Punkte auf, bei denen sich Jugendliche aktiv engagiert haben.

- sehr erfolgreiche Durchführung einer gemeindebezogenen Ausbildungsmesse, die in diesem Jahr wiederholt werden soll.
- von Jugendlichen - mit unserer Unterstützung - organisierte und durchgeführte Kinoveranstaltungen mit bis zu 400 Besuchern in einem Freibad oder einer größeren Veranstaltungshalle;
- Bildung eines Jugendstadtrates, der regelmäßig im kommunalpolitischen Gremium berichtet;
- Jugendbegegnungsfahrt zur ungarischen Partnergemeinde;
- Organisation und Durchführung von „Jugendflohmärkten“;
- Initiierung von regelmäßigen Jugendstammtischen mit Besuch von verschiedenen Vereinen;
- Schaffung von mehreren aktiven „WhatsApp“-Gruppen;
- Tagesfahrten für Jugendliche zu einem Kletterpark, zum Flutlichtskifahren und anderen sportlichen Aktivitäten;
- Standbetreuung am gemeindlichen Weihnachtsmarkt;
- Reaktivierung einer Skateboardanlage.

Jürgen Ziegler
KJR-Kulmbach

Das Projekt „Zukunftswerkstätten – Jugend im Landkreis Kulmbach“ hat bereits folgende Preise gewinnen können:

- Wettbewerb „Familienfreundliches Oberfranken“
- Bayerischer Innovationspreis Ehrenamt
- Achter Platz beim Deutschen Engagementpreis 2016
- Sozialpreis der Bayerischen Landesstiftung
- Schutzbengel-Award der Rummelsberger Diakonie.

Weitere Informationen sind auf www.kjr-ku.de veröffentlicht.

„GIPFELGESPRÄCH“ MIT FREIE WÄHLER-CHEF HUBERT AIWANGER

Großer Falkenstein. Zwiesel/Niederbayern.

Das Projekt Schutzhaus-Neubau auf dem Falkenstein (1315m) stößt jetzt auch auf politisches Interesse. Der Fraktionsvorsitzende der Freien Wähler im Bayerischen Landtag und Landesvorsitzender Hubert Aiwanger, sowie Naturpark-Chef FW-Bezirksrat und Bezirksvorsitzender Heinrich Schmidt haben auf Initiative des Zwieseler Stadtrates Hans-Peter Marx das Falkenstein-Schutzhaus besucht. Die Besichtigung des gesamten Gebäudes von der Küche bis zu den Schlafräumen war für die Teilnehmer sehr aufschlussreich. Max Weber vom Förderverein und Hüttenwirt Michael Garhammer schilderten aus der Praxis die teilweise sehr großen Probleme im gesamten Haus. „Wir mussten inzwischen einen Teil der Schlafräume wegen Mauerdurchfeuchtung und mangelhaftem Brandschutz sperren“, berichtete Garhammer. Hüttenwirtin Claudia zeigte die beengten Verhältnisse im Küchenbereich auf.

Beim anschließenden Stammtischgespräch waren dabei: Max Weber, Hans-Jürgen Schröder und Marcus Wenzl vom Förderkreis Schutzhaus Falkenstein, Hüttenwirt Michael Garhammer, Hubert Aiwanger, Heinrich Schmidt, Herbert Unnasch und Hans-Peter Marx. Schröder schilderte den Gästen ausführlich die Geschichte und Besitzverhältnisse des Schutzhauses. Das Finanzierungskonzept für den geplanten Neubau erläuterte Schröder mit Marcus Wenzl, wobei betont wurde, dass man dem Präsidenten des Bayerischen Wald-Vereins, Staatsminister Helmut Brunner, und Geschäfts-



Im Bild von rechts: Ortsvorsitzender Hans-Peter Marx, Marcus Wenzl und Dr. Hans-Jürgen Schröder, beide Förderkreis, MdL Hubert Aiwanger, Bezirksrat Heinrich Schmidt, Architekt Max Weber mit Ehefrau Michaela, Schutzhauswirt Michael Garhammer und Arber Regio Chef Herbert Unnasch.

fürer Georg Pletl sehr dankbar für die jetzt rasche Einigung auf den Neubau und die damit verbundene Finanzierung im Hauptverein sei. Architekt Max Weber ging in seinen Ausführungen sehr ausführlich auf die baulichen Mängel ein. Alle Erkenntnisse aus dieser sogenannten Mängelliste hätten keinen anderen Schluss zugelassen, als den Abriss des Gebäudes und Neubau an selber Stelle. Eine in Erwägung gezogene Sanierung hätte die gleichen finanziellen Aufwendungen bedeutet als ein Neubau, so der Architekt. Bereits im Frühjahr will man mit den ersten Bauvorbereitungen beginnen. Im Gespräch mit MdL Hubert Aiwanger, Heinrich Schmidt und Herbert Unnasch von der Arberland Regio GmbH wurden weitere Fördermöglichkeiten in Erwägung gezogen. Auf Landes-, Bezirks- und Kreisebene will man

nach speziellen Fördertöpfen Ausschau halten. Hans-Peter Marx sprach in seinen Ausführungen weitere fehlende infrastrukturelle Einrichtungen in Bezug auf Unterkunfts- bzw. Schutzhäuser im Bayerischen Wald an. Im Vergleich zu Tirol oder Südtirol sei man hier noch absolutes touristisches Entwicklungsgebiet. „Auch im Nationalparkbereich gäbe es da ausbaufähige Häuser, wie zum Beispiel das Schachtenhaus oder die Schachten-Diensthütte“, meinte Marx. Gegen Ende des sehr angeregten Meinungsaustausches am Falkenstein-Stammtisch überreichten Hubert Aiwanger und Heinrich Schmidt an den Förderkreis eine Privatspende in Höhe von 500 Euro. Hans-Jürgen Schröder dankte für den Besuch und für das Interesse an der Neubaumaßnahme von Seiten der Politik.

FW Zwiesel Hans-Peter Marx

POLITISCHER ASCHERMITTWOCH IN DEGGENDORF

Aiwanger: „Wenn die CSU keine Ideen mehr hat, dann geben wir sie ihnen. Wir wollen Lösungsansätze und keine heiße Luft!“

Niederbayern ist alljährlich das regionale Mekka der Aschermittwochsreden. Auch wenn der Fokus der medialen Berichterstattung gerne auf den bundespolitischen Größen liegt, das

kommunale, demokratische Herz unserer Heimat schlägt bei uns FREIEN WÄHLERN. Davon konnten sich die Besucher in Deggendorf auch dieses Jahr wieder überzeugen.

Rund 800 Besucher in den Deggendorfer Stadthallen erlebten mit unseren Rednern Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Jutta Widmann, Heinrich Schmidt und Dr. Georg Meiski kämpferische FREIE WÄHLER, die mit Kritik an den in Berlin und München regierenden Parteien nicht sparten und immer wieder die Interessen der Bürger und Kommunen in den Vordergrund stellten.

Während bei den anderen Parteien ausschließlich Parteifunktionäre sprachen, kamen bei uns auch Bürger, namentlich die Vertreter der Bürgerinitiativen zur Abschaffung der Strabs, zu Wort. Neben rund 32.000 Unterschriften überbrachten die Bürgerinitiativen auch ein großes Lob und

ihren Dank für den Einsatz der FREIEN WÄHLER gegen die Straßenausbaubeiträge.

Sie wollen den Aschermittwoch nacherleben? Sämtliche Aschermittwochsreden und die besten Sprüche finden Sie unter www.fw-bayern.de/aschermittwoch und auf unserer Facebookseite <https://de-de.facebook.com/fwbayern/>

So war es nur schlüssig, dass Hubert Aiwanger in seiner Rede die Rolle der FREIEN WÄHLER als bayerische Volkspartei mit starken kommunalen Wurzeln und als Korrektiv der bayerischen Politik herausstellte: „Wir sehen landauf, landab Baustellen und es kommen immer größere hinzu. Viele dieser Baustellen werden aber nicht abgearbeitet. Wir sind diejenigen, die Lösungen anbieten und oftmals jahrelang kämpfen müssen, um Gehör zu finden. Ohne uns gäbe es noch die Studiengebühren und kein G9 mehr in Bayern und ohne uns würde sich niemand an die Straßenausbaubeiträge in Bayern herantrauen.“

FW Bayern



Die Bürgerinitiativen zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge übergeben 32.000 Unterschriften

100 JAHRE FRAUENWAHLRECHT - ZEIT FÜR PARITÉ IN DEN PARLAMENTEN

Landtagswahl, Bezirkswahl, Europawahl, Kommunalwahl ... in nächster Zeit stehen wieder einige Wahltermine an. Kandidatinnen und Kandidaten werden bzw. wurden nominiert und am Wahltag üben die Wählerinnen und Wähler ein politisches Grundrecht aus, das eine tragende Säule unserer Demokratie ist. Sie entscheiden über die Zusammensetzung der Parlamente bzw. Gremien, in denen die Politik im jeweiligen Wirkungskreis gestaltet wird.

Wanderausstellung tourt durch Bayern

Einen Blick zurück auf die letzten 70 Jahre der Politik in Bayern wirft eine Ausstellung des Bayerischen Landtags unter dem Titel „**Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort**“. Im Fokus stehen hier ganz bewusst die 178 Mandatsträgerinnen, die in der Zeit von 1946 bis 2016 dem Bayerischen Landtag angehörten und durch ihr politisches Engagement einen entscheidenden Beitrag zum Gelingen der parlamentarischen Demokratie leisteten.

Konzipiert hat die Ausstellung Professorin Daniela Neri-Ultsch von der Universität Regensburg. Ihr Anspruch: Impulse setzen für politisches Engagement und einen Überblick zur Rolle sowie zum politischen Selbstverständnis der Parlamentarierinnen des Bayerischen Landtags geben. Natürlich wird auch der Werdegang starker Frauen in der bayerischen Politik eindrucksvoll nachgezeichnet. Die Schau wurde erstmalig im November 2017 im Bayerischen Landtag gezeigt. Nun geht sie als Wanderausstellung auf eine Reise durch ganz Bayern. Sie soll bei ihrer Reise durch die Regionen als wichtiger Impulsgeber wirken, um noch viel mehr Frauen für die Politik zu gewinnen und Mut zur aktiven politischen Mitgestaltung machen.

Deutschland feiert

100 Jahre Frauenwahlrecht

Wichtige Initiativen sollen auch von einem Jubiläum ausgehen, das in diesem Jahr begangen wird: Das Frauenwahlrecht in Deutschland feiert am 12. November 2018 seinen 100.

Geburtstag. Seit einem Jahrhundert dürfen Frauen hierzulande Politik aktiv gestalten. Was für die heutige Generation selbstverständlich ist, war vor 100 Jahren ein Durchbruch, für den viele Frauen zuvor jahrzehntelang gekämpft haben.



Heike Söllner
Gleichstellungsbeauftragte
Landkreises Kulmbach

Das erste Mal übten die Frauen ihr Wahlrecht am 19. Januar 1919 mit einer Wahlbeteiligung von 82 Prozent (!) aus und 37 weibliche Abgeordnete (was einer Frauenquote von knapp 9 Prozent entsprach) zogen ins Parlament ein. Der historische Satz „Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten Juchacz“ fiel in der Weimarer Nationalversammlung am 19. Februar 1919. Dann hielt mit der Sozialdemokratin Marie Juchacz die erste Frau eine Rede vor einem demokratisch gewählten Parlament in Deutschland und sie wählte folgenden bemerkenswerten Einstieg „Was diese Regierung getan hat, das war eine Selbstverständlichkeit: Sie hat den Frauen gegeben, was ihnen bis dahin zu Unrecht vorenthalten worden ist“.

Es dauerte noch weitere dreißig Jahre, bis am 23. Mai 1949 Frauen und Männer auch formal durch Artikel 3 Abs. 2 des Grundgesetzes gleichgestellt wurden. Die Mütter des Grundgesetzes um Elisabeth Selbert hatten um diesen entscheidenden Satz ebenfalls hart ringen müssen. Seitdem ist die Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Bereichen vorangekommen, es gab aber auch immer wieder Rückschritte. 1994 wurde Art. 3 Abs. 2 des Grundgesetzes um den Satz „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin“ erweitert.

Liebe Leserin, lieber Leser,

damit Sie der „Freie Wähler“ im Postversand immer aktuell erreichen kann, melden Sie bitte Neumitglieder in Ihrem Verband, Adresswechsel oder Austritte an die BKB-Geschäftsstelle,
Berndorfer Straße 18, 95349 Thurnau;
Tel.: 09228 9969566; Fax: 09228 9969567;
E-Mail: bkb-bayern@t-online.de
Internet: www.bkb-bayern.de

Eine Umstellung oder Neuanmeldung von Postversand oder E-Mail-Bezug des FW ist jederzeit über die Homepage des Bildungswerkes unter www.bkb-bayern.de und die Rubrik „Newsletter“ möglich. Hier finden Sie auch das aktuelle Seminarangebot und können sich direkt zu Ihrem Wunschseminar anmelden.

Redaktionelle Beiträge nimmt die Redaktion des FW gerne unter E-Mail: redaktion@bkb-bayern.de bis zum **6. Juli 2018**, entgegen.

Möchten Sie regelmäßig die neuesten Freie Wähler-Pressemitteilungen in Ihrem Postfach finden? Dann schicken Sie bitte eine kurze E-Mail an die FW-Landesgeschäftsstelle in München (gstelle@freie-waehler.de) mit Nennung Ihres Namens, Ihres Ortsvereins, sowie Ihrer Email-Adresse.

Für namentlich gekennzeichnete Artikel zeichnet ausschließlich der Verfasser verantwortlich. Kürzungen behält sich die Redaktion vor.

Leider können nicht alle eingereichten Beiträge, wie Mitgliederversammlungen oder Geburtstage veröffentlicht werden. Vereinsjubiläen werden i.d.R. erst ab 25-jährigem Bestehen veröffentlicht. Die Redaktion bittet um Verständnis.

Ohne das Frauenwahlrecht wäre dies alles weder rechtlich noch gesellschaftlich Wirklichkeit geworden. Seit 1949 wurden über 100 Gesetze mit frauenpolitischem Bezug verabschiedet. Müsste in Anbetracht dieser Entwicklung nicht längst der Anteil der Parlamentarierinnen dem Anteil der Frauen in der Bevölkerung entsprechen? Und sollte sich nicht längst der Anteil der Frauen in den von ihnen besetzten politischen Ämtern widerspiegeln? Leider nein! Von gleichberechtigter Teilhabe sind wir in all diesen Bereichen noch viel zu weit entfernt. Im 19. Deutschen Bundestag sitzen 491 Männer und 218 Frauen. Im Bayerischen Landtag sind von 180 Sitzen 51 mit Frauen besetzt. Ein Blick auf die Kommunalpolitik in Bayern offenbart auch hier große Lücken: Der Frauenanteil in den Stadträten und Kreistagen beträgt durchschnittlich 25 Prozent. Knapp 9 Prozent der Rathaussessel sind mit ersten Bürgermeisterinnen besetzt und nur etwa 5,5 Prozent der Landkreise werden von Frauen geführt.

Zeit für Parité in den Parlamenten

Wenn es nicht noch einmal ein Jahrhundert dauern soll, bis wirkliche Parität in den Parlamenten herrscht, braucht es auch weiterhin ein mutiges Eintreten für das Durchsetzen der Frauenrechte. Die juristischen Voraussetzungen sind geschaffen, aber an der konkreten Umsetzung müssen Männer und Frauen gemeinsam arbeiten. Das funktioniert nur, wenn auch Macht und Verantwortung geteilt wird – freiwillig und eben nicht mit Kampf. Zum 100. Geburtstag des Frauenwahlrechts wäre dies das größte Geschenk – auch zur Stärkung der Demokratie in bewegten Zeiten.